

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.12.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Manfred Eichhorn SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Rüdiger Fölske SPD

Vertretung für: Dr. Friedhelm Michalke

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Schumacher FDP

Patrick Eichberger DIE LINKE

Vertretung für: Pawel Jürgens-Grimm

Peter Ammer WSI

Vertretung für: René Penz

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Salih Kaya Jugendbeirat

Vertretung für: Jule Hansen

Verwaltung

Niels Schmidt Bürgermeister

Gisela Sinz

Karl-Heinz Grass

Katrin Matthies Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Detlev Blohm CDU entschuldigt

Wolfgang Dutsch CDU entschuldigt

Jörg Keller CDU entschuldigt

Dr. Friedhelm Michalke SPD entschuldigt

Pawel Jürgens-Grimm DIE LINKE entschuldigt

René Penz WSI entschuldigt

Jugendbeirat

Jule Hansen Jugendbeirat entschuldigt

Gäste:

- 2 Ratsherren
- 2 Einwohner*innen
- 2 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums (es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend) fest und eröffnet die Sitzung.

Es sind weitere Anträge zu TOP 6.1 „Wedel Nord“ und zu TOP 6.2 „Nordumfahrung“ eingegangen. Die FDP Fraktion zieht daraufhin ihre Anträge unter 6.1.2 „Beschleunigung der Planungen für Wedel Nord“ und 6.2.2 „Verkehrsentlastung der Innenstadt“ zurück. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zieht ihren Antrag unter 6.2.1 „Nordumfahrung“ zurück.

Der Vorsitzende nimmt daraufhin die neuen Anträge wie folgt in die Tagesordnung auf:

- 6.1.1 Interfraktioneller Antrag zum Rahmenplan Wedel Nord
- 6.1.3 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Weitere Anträge zu Wedel Nord
- 6.2.1 Interfraktioneller Antrag zur Verlegung der B431
- 6.2.2 Interfraktioneller Antrag zur S-Bahn-Unterführung

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Einleitung eines B-Plan-Verfahrens für Wedel -Nord“ (ursprünglich TOP 6.1.1) wird TOP 6.1.2.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig mit 10 Ja-Stimmen beschlossen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Protokollgenehmigungen | |
| 3.1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2020 | |
| 3.2 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2020 | |
| 4 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 105a "Hörnstraße",
1. Änderung "Alte Post"
hier: Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung
der Öffentlichkeit (§ 3(2) BauGB) und der Behörden (§ 4(2)
BauGB) | BV/2020/089 |
| 5 | Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB | |
| 5.1 | Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Neubau einer Wohnunterkunft, Schulauer Straße 65 | BV/2020/091 |
| 6 | Anträge der Fraktionen | |
| 6.1 | Anträge zu Wedel Nord | |
| 6.1.1 | Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP, Die
Linke; hier: Rahmenplan Wedel Nord | ANT/2020/036 |



- | | | |
|-------|---|--------------|
| 6.1.2 | Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:
Teil B: Einleitung eines B-Plan-Verfahrens für Wedel-Nord | ANT/2020/021 |
| 6.1.3 | Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:
Anträge zu Wedel Nord | ANT/2020/034 |
| 6.2 | Anträge zur Nordumfahrung | |
| 6.2.1 | Interfraktioneller Antrag; Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen,
FDP und Die Linke; hier: Verlegung der B431 | ANT/2020/035 |
| 6.2.2 | Interfraktioneller Antrag, Fraktionen SPD, FDP, Die Linke;
hier: Unterführung der S-Bahn | ANT/2020/037 |



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Herr Burmester informiert, dass der neue Seniorenbeirat auf der konstituierenden Sitzung noch keine Vertretung des Beirates im Planungsausschuss bestimmt hat.

Der Jugend- und der Umweltbeiräte haben nichts zu berichten.

3 Protokollgenehmigungen

3.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2020

Beschluss:

Der öffentliche und der nicht-öffentliche Teil des Protokolls werden ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

3.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2020

Beschluss:

Der öffentliche und der nicht-öffentliche Teil des Protokolls werden ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 105a "Hörnstraße", 1. Änderung "Alte Post"

hier: Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3(2) BauGB) und der Behörden (§ 4(2) BauGB)

BV/2020/089

Die SPD-Fraktion bittet um Information über Änderungen zum bisherigen Planungsstand, beispielsweise mögliche Veränderungen des Stellplatzschlüssels.

Herr Grass erläutert, dass es keine erheblichen Veränderungen in der Planung seit der letzten Vorstellung des Projektes im Ausschuss gegeben habe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dankt allen Beteiligten, die zum Erhalt des Gebäudes „Alte Post“ beigetragen haben und bittet um Erläuterungen zu der Erklärung der Verwaltung über die für diesen B-Plan nicht in Frage kommende Infrakostenstrukturabgabe.

Herr Grass bestätigt, dass es zwei Aspekte gibt, warum aus Sicht der Verwaltung hier keine Infrakostenstrukturabgabe berechnet wird. Zum einen sind die im Neubau entstehenden Wohneinheiten sehr klein, so dass die Zielgruppe für die Vermietung keine bis sehr wenig Folgekosten im Bereich Kindertagesstätten und Schulen verursachen wird.

Zum anderen ist die vorliegende Bebauung mit Erhalt des Altbaus auf Wunsch der Politik von der Verwaltung mit dem Bauherrn verhandelt worden. Da für die ursprüngliche Planung, die einen Abriss des Altbaus vorsah, bereits Planrecht vorhanden war und eine Infrakostenstrukturabgabe nicht zum Tragen gekommen wäre, sollte der vorliegende Planung das gleiche Recht zugestanden werden.

Die CDU-Fraktion fragt nach dem Fortschritt der Sanierung des Altbaus.

Herr Dr. Penzlin erläutert, dass der Anschluss des Bestandsgebäudes an die Strom-, Gas- und Wasserleitungen durch die Stadtwerke sich verzögert habe. Die hierzu notwendige Straßensperrung ist erst jetzt möglich, da eine zeitgleiche Umsetzung mit der Sperrung der Pinneberger Straße ausgeschlossen war.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt,

1. Den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 105a „Hörnstraße“, 1. Änderung „Alte Post“
2. Die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB und
3. Die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	0	3
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	0	0	3
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

5 Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB

5.1 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Neubau einer Wohnunterkunft, Schulauer Straße 65

BV/2020/091

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 30, 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau einer Wohnunterkunft in der Schulauer Straße 65 in Wedel wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

6 Anträge der Fraktionen

6.1 Anträge zu Wedel Nord

Herr Schumacher erläutert den Werdegang der drei Anträge, die aus den von der SPD-Fraktion in der Sitzung am 10.11.2020 vorgeschlagenen interfraktionellen Gesprächen entstanden sind. Motivation der beteiligten Fraktionen war ein klares Votum für mehr bezahlbaren Wohnraum in Wedel. Die nun vorliegenden Anträge sehen eine reduzierte Anzahl an Wohneinheiten im 1. Bauabschnitt unter Beibehaltung der Anzahl von sozial geförderten Wohneinheiten vor. Dadurch liege die Anteilsquote bei fast 40 %.

Gleichzeitig sei mit der Entscheidung für die nördliche Erschließung des Wohngebietes und der Finanzierung des hierfür notwendigen Straßenabschnitts durch die Investoren ein erster Schritt zur nördlichen Verbindungsstraße und Verkehrsentlastung der Wedeler Altstadt gemacht. Diese Straße habe jedoch nicht die Dimensionen der bisher geplanten Bundesstraße und der Gestaltungsspielraum sei bei einer Kommunalstraße deutlich größer.

Wichtig für Wedel sei darüber hinaus die Einigung auf den Bau von zwei Kitas bereits im 1. Bauabschnitt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag gemeinsam von den Fraktionen CDU, SPD, FDP und Die Linke gestellt wird.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert, warum der Antrag ihrerseits nicht in Gänze unterstützt wird. Insbesondere die Frage der Erschließungsvariante sei in den interfraktionellen Gesprächen ausführlich diskutiert worden und es habe sich eine Verschiebung der Mehrheiten im Gesprächsverlauf ergeben. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen spricht sich ausdrücklich gegen die nun im Antrag aufgeführte Variante der nördlichen Erschließung aus. Die von den Investoren zu Beginn des Jahres vorgeschlagene innere Erschließungsvariante sei vorteilhafter für die ÖPNV-Anbindung und effizienter im Hinblick auf den Individualverkehr. Zudem wird angefragt, ob sich alle notwendigen Grundstücke für die nördliche Erschließung im Eigentum der Investoren oder der Stadt befänden.

Es wird getrennte Abstimmung der Antragspunkte beantragt, der Punkt 5 des Antrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu Wedel Nord (ANT/2020/021) wird dabei als Gegenantrag zur Nr. 3 des interfraktionellen Antrags verstanden.

Bezüglich der Nummern 6 und 8 sei nicht ausreichend geklärt, welche Bereiche bebaut werden und ob eine von einigen Fraktionen angedachte Verlegung der geplanten „Mitte“ des Gebiets vom Süden in den Norden mit dem Beschluss beabsichtigt sei.

Die WSI-Fraktion wird allen Anträgen zu Wedel Nord nicht zustimmen. Neben der grundsätzlichen Ablehnung für das geplante Wohngebiet wird bemängelt, dass die Anträge der Fraktionen durch die Verwendung von internen Bezeichnungen (Variante X, Quartier Y) für die Öffentlichkeit kaum verständlich seien. Die geplante Bürgerbeteiligung werde mit den jetzigen Festlegungen nur noch der Form halber durchgeführt. Darüber hinaus wird ebenso wie von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bezweifelt, dass bei einer Gesamtbeurteilung des 1. Bauabschnitts die prognostizierte Quote an geförderten Wohnungen erreicht wird.

Die SPD-Fraktion erläutert, dass die von ihr ursprünglich vorgeschlagene Verlegung der „Mitte“ in dem Antrag nicht aufgenommen wurde, da dieser Wunsch nicht mehrheitsfähig war. Daher wird mit dem Punkt 6 hier auch keine Verlegung beschlossen, sondern lediglich der Grünzug, der von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ja auch gewünscht wurde. Der Anteil der sozial geförderten Wohnungen werde im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben und sei dann von den Investoren zu erfüllen.

Frau Sinz bestätigt, dass auch die Verwaltung die Fertigstellung des Grünzuges im 1. Bauabschnitt und den Verbleib der „Mitte“ im Süden präferiert. Die Qualität der städtebaulichen Strukturen aus der Planung sollte beibehalten werden. Der nun zu beschließende An-

trag legt jedoch nur grundsätzliche Eckpunkte wie z.B. die Anzahl der Wohneinheiten fest. Die Details können und müssen im weiteren Verlauf beschlossen werden.

Die für die Erschließung notwendigen Grundstücke befinden sich größtenteils im Eigentum der Investoren oder der Stadt Wedel.

Die heute abzustimmenden politischen Beschlüsse zu Wedel Nord sind notwendig, um die Bürger*innen im Rahmenplanverfahren konkret beteiligen zu können. Durch die Pandemiesituation wird es vermutlich ein Online-Beteiligungsverfahren sein.

Herr Burmester schließt die Aussprache. Nach einer kurzen Diskussion über den Antrag auf getrennte Abstimmung der Antragspunkte wird die Sitzung für fünf Minuten zur Beratung unterbrochen.

6.1.1 Interfraktioneller Antrag, Fraktionen CDU, SPD, FDP, Die Linke; hier: Rahmenplan Wedel Nord

ANT/2020/036

Nach der Aussprache (protokolliert unter TOP 6.1) stellt Herr Burmester die Punkte zur Abstimmung, wobei die Punkte 3 und 8 getrennt abgestimmt werden.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen zu beschließen:

1. Der Rahmenplan für Wedel Nord wird baldmöglichst verabschiedet.
 2. Der Aufstellungsbeschluss für den 1. B-Plan erfolgt möglichst zügig.
 3. Die Erschließung erfolgt über die Variante 2, die Finanzierung dieser nördlicheren Variante erfolgt durch die Investoren.
 4. Für die Anbindung dieser Erschließung an die Pinneberger Straße wird ein Kreisverkehr geprüft.
 5. Die Verwaltung plant die Ertüchtigung der nach den vorliegenden Gutachten durch den 1. B-Plan von Wedel Nord betroffenen Kreuzungen.
 6. Bestandteil des 1. B-Plans ist auch der Nord/Süd-Grünzug.
 7. Einzelplanungen für Straßen, Wege, ÖPNV, Versorgungseinrichtungen, Grünzüge etc. im 1. B-Plan richten sich, sofern erforderlich, am Bedarf für den gesamten Rahmenplan aus.
 8. Die Umsetzung erfolgt zunächst in den Quartieren 1 und 2, die Anzahl der Wohneinheiten beträgt max. 500, an geförderten WE sind 192 vorgesehen.
 9. Beide Kitas werden im 1. BA errichtet, die östliche Kita möglichst umgehend, wenn möglich einschließlich der Aufstockung. Die zweite Kita kann in Koppelung mit der Seniorenanlage entstehen.
 10. Die Verwaltung wird aufgefordert, frühzeitig Entscheidungen zum ÖPNV in Wedel Nord vorzubereiten.
 11. Spätestens innerhalb von drei Monaten nach dem Aufstellungsbeschluss soll ein Bürgerbeteiligungsverfahren stattfinden.
-

Abstimmungsergebnisse:

Zu den Nr. 3 und 8:

6 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	4	0
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

Zu den Nr. 1. bis 2., 4. bis 7., 9. bis 11.:

9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	0
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6.1.2 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:

ANT/2020/021

Teil B: Einleitung eines B-Plan-Verfahrens für Wedel-Nord

Der Antrag wird durch die Beschlussfassung über den interfraktionellen Antrag unter TOP 6.1.1 nicht mehr abgestimmt.

6.1.3 Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier:

ANT/2020/034

Anträge zu Wedel Nord

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Information, ob die Antragspunkte auch im weiteren Verlauf der Beratungen über den Rahmenplan diskutiert werden können.

Nach der Bestätigung durch die Verwaltung wird der Antrag auf die Januar-Sitzung vertagt.

6.2 Anträge zur Nordumfahrung**6.2.1 Interfraktioneller Antrag; Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen, FDP und Die Linke; hier: Verlegung der B431**

ANT/2020/035

Die WSI-Fraktion beantragt getrennte Abstimmung der Antragspunkte. Die Aufhebung der Beschlusslage zur Verlegung der B431 wird mitgetragen und wie von den anderen Fraktionen als folgerichtig betrachtet. Die Mittelverwendung für Maßnahmen im Zusammenhang mit Wedel Nord wird nicht mitgetragen. Fraglich sei auch, um welche Mittel sich handelt und über welchen Zeitraum hier eine Zweckbindung erfolgen könne.

Herr Schmidt erläutert, dass Mittel selbstverständlich nur im haushaltsrechtlichen zulässigen Maße übertragen werden können. Darüber hinaus kann es nur eine Absichtserklärung des Rates sein, endgültig ist dann im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Beschluss:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Alle Ratsbeschlüsse über eine Verlegung der Bundesstraße 431 werden aufgehoben.
2. Die Anmeldung der Projekte zum Bundesverkehrswegeplan wird zurückgezogen.
3. Der Trassenvergleich wird nicht weiterverfolgt.
4. Freiwerdende Planungsmittel werden für verkehrsentlastende/verkehrslenkende Maßnahmen im Zusammenhang mit Wedel Nord eingesetzt.

Abstimmungsergebnisse:

Zu den Nr. 1 bis 3:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

Zu der Nr. 4.:

9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	0
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6.2.2 Interfraktioneller Antrag, Fraktionen SPD, FDP, Die Linke; hier: Unterführung der S-Bahn

ANT/2020/037

Die FDP-Fraktion erläutert, dass die Unterquerung der S-Bahn Teil der Planungen für die Verlegung der B431 war. Trotz der Aufgabe dieser Gesamtplanung sollte diese Idee weiterverfolgt werden, insbesondere da durch Neufassung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) keine kommunalen Eigenanteile mehr notwendig sind. Da von einem langwierigen Prozess auszugehen sei, sollte die Verwaltung frühzeitig die Voraussetzungen klären und mit den entsprechenden Ansprechpartner Kontakt aufnehmen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen lehnt einen solchen Tunnel mitten im Natura 2000-Gebiet strikt ab. Durch die problematischen Bodenverhältnisse sei nur eine technisch massive Lösung vorstellbar, die eine Zerstörung der Landschaft und massive Eingriffe in das Ökosystem zur Folge hätte. Die entstehende Steigung wäre für den Schwerlast-Verkehr ungeeignet. Zudem sei die Kreuzung zur B431 kaum zu ertüchtigen, da die Schaltung der Lichtsignalanlage an einer Bundesstraße zu Gunsten der Nebenstraßen kaum geändert werden dürfe. Der Stau verlagere sich dann lediglich von der Bahnschranke zur B431.

Die WSI-Fraktion wird dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen. Die Unterführung sei Teil der ursprünglichen Planung zur Verlegung der B431, die stets abgelehnt worden sei.

Die CDU-Fraktion wird, wenn auch nicht antragsstellende Fraktion dieses interfraktionellen Antrags, zustimmen. Hier handele es sich lediglich um einen Prüfauftrag für die Verwaltung. Die SPD- und FDP-Fraktionen bestätigen, dass es lediglich um die Klärung der Voraussetzungen geht und noch keine Entscheidung für eine Unterführung getroffen wird. Insofern könnten mit den Prüfergebnissen auch die Bedenken der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen besser beantwortet werden.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung klärt die Voraussetzungen und stellt die erforderlichen Anträge für die Unterführung der S-Bahn nach dem neuen EKrG, d.h. ohne kommunale Anteile.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	4	0
CDU-Fraktion	1	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.35 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

